

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

6. Sitzung vom 26. Januar.

11. Mr. Am Ministerfische: Graf Eulenburg, Frhr. von Berlepsch, von Seyden u. A.

Die Besprechung der Interpellation der Abg. von Kröcher und Gen., betreffend den ferneren Abschluß von Handelsverträgen wird fortgesetzt.

Abg. Dr. Pasche (nl.) erklärt, daß in der Fraktionsführung, in welcher über die vorliegenden Dinge beraten wurde, Dr. Friedberg nicht anwesend gewesen sei und so seine Meinungsverschiedenheit geberichtet habe, daß vielmehr einstimmig Dr. Krause beauftragt worden sei, den Standpunkt der Fraktion hier so zu vertreten, wie er es gekannt hat. (Beifall.) Daß eine Nothlage der Landwirtschaft bestche, werde Niemand leugnen können, ebensowenig, daß man auf Mittel zur Abhilfe denken müsse. Inwiefern diese Mittel die Zahlung der Steuern zu erleichtern, nicht zweifelhaft. Für den, der die Nothlage der Landwirtschaft kennt, war ein Beweis auch gar nicht nöthig. Herr v. Heydendorff sagte die Ursache des Nothstandes in den Währungsverhältnissen. Es ist kein allgemein anerkannter ökonomischer Grundsatz, wie das Dr. Friedberg behauptete, daß eine unterwerthige Valuta als solche den Export begünstige (Zustimmung links); eine sinkende und schwankende Valuta ist's, was uns Schäden bringt, denn die Begünstigung allerdings den Export. Nun fragt sich, wie man diesen Schwankungen entgegenzutreten soll. Was Dr. Friedberg sagte, wird durch nicht viel beitragen können; denn er will, daß haben wir bereits. Unsere Fülle werden ja nicht in schwankender Valuta, sondern in Gold bezahlt, ebenso wie das in Ausland geschieht. Herr von Knorff ging viel weiter; er erklärte, man solle allgemein im Reiche gegen alle Länder mit minderwerthiger Valuta einen dem Goldagio entsprechenden Zuschlag erheben. Dieser Vorschlag würde zum Prohibitiv- Zoll führen, oder wenn Herr v. Knorff von dem Prohibitiv- zoll abstehe, mit der Valuta unterwerthig, so müßte die Waare keinen Zoll zahlen, was den Reichthum aller Länder gegenüber durchzuführen, so käme man zu ganz unzulässigen Zuschlägen; denn die Industrie könnte niemals mit sicheren Zahlen rechnen. Die gleitende Skala würde die Spekulation vermehren, da diese mit allen schwankenden Elementen rechnet und diese Skala zu diesen schwankenden Elementen gehört. Herr v. Knorff sah darin einen Druck zur Regelung der Valuta zu gelangen. Die Frage des Bimetallismus will ich nur ganz kurz streifen. Internationale Vereinbarungen auf diesem Gebiet sind jedenfalls von ganz außerordentlicher Schwierigkeit. Würde denn heute die Doppelwährung aufrecht zu erhalten sein? Schon heute wird über die wachsende Silberproduktion geklagt, die sich noch steigern würde. Wir müßten in der That eine Kontingentierung der Silberproduktion einführen. Das wäre unmöglich gegenüber Australien, Mexiko u. A. Aber auch ist die Bimetallismus ganz gewiß berechtigt; aber ich leugne diese Möglichkeit. Ich glaube auch, es wird noch aller Mühen nicht möglich sein, zu einem Verträge zu gelangen oder eventuell ihn aufrecht zu erhalten. Ich bin kein erizener Gebührensge- mann und meine auch nicht, daß wir die Hände in den Schemel legen sollen. Wir haben die größte Interesse daran, den Silber- werth festzusetzen. Wenn die Regierung die feste Valuta hat, durch die Conquete zu einem vollen Resultat zu gelangen, so sollten wir ihr die Hand bieten, um endlich auf dem Gebiete der Währung zu festen Verhältnissen zu gelangen. Dadurch werden auch für die Landwirtschaft bessere Zeiten kommen. (Beifall.)

Abg. Graf Strachwitz (Centr.) stellt sich auf den Boden der Interpellation, die keineswegs eine illusorische Demonstration gegen die Regierung sei. Der Bimetallismus sei wohl durchführbar und seine Forderungen berechtigt. Daß die Interpellation eine gleitende Skala wolle, glaube er nicht. Aber in der schwankenden russischen Valuta liege eine schwere Gefahr für uns, und zwar nicht nur für die Landwirtschaft, sondern auch für die exportirende Industrie. Der russische Handelsvertrag würde unsere deutsche Bevölkerung schließlich ebenso schädigen wie der Zolltarif und für den russischen Handelsvertrag könne man doch keine politischen Gründe anführen wie für den österreichischen. Und was sollte denn aus den landwirtschaftlichen Arbeiter werden? Müde die Regierung, die es zu spät sei, den gangbaren Wegen der Interpellation nachzugehen.

Abg. Peters (nl. Bg.): Wenn die Interpellation den Zweck haben soll, Ausland zur Einführung der Goldwährung zu bewegen, oder eine internationale Doppelwährung anzubringen, so ist das doch eine feste Zustimmung an die Regierung. Meiner Ansicht nach gehören diese Gedanken viel mehr in den Reichstag. Der Kern der Interpellation ist der: Was geschieht die Regierung zu thun, um die Landwirtschaft rentabler zu machen? Wenn wir agrarischen Interessenten zu dem auch ich gehöre als Danziger Stadtmannener dazu — das Wohl der Landwirtschaft als eine Staatsangelegenheit, wobei es sich um das Gemeinwohl handelt, ansetzen, so müssen wir uns auch gefallen lassen, daß sich andere Leute, die auch ein Interesse an der Landwirtschaft haben, hineinmischen. Und da hat schon Abg. Mikert hervorgehoben, daß es auch anderen Leuten, insbesondere den Altbauern schadet geht. Die aber sind zu Holz, um solche Klagen auszusprechen. Auf die Noth der Landwirtschaft kommt es aber augenblicklich an und für sich weniger an, als darauf, ob die Mittel, die zur Abhilfe der Noth vorge schlagen werden, die richtigen sind, und das möchte ich bezweifeln. Den richtigen Standpunkt in der Frage des landwirtschaftlichen Nothstandes hat Frhr. v. Schölerer-Ahl in Herrenhaufe eingewonnen. Ein Differenzialzoll gegen Ausland kann der Landwirtschaft gar nichts nützen, dagegen würde ihr gerade das Aufhandkommen des russischen Handelsvertrages zum Vorteil gereichen. Das glauben aber die Herren nicht, sondern sie glauben von einer Reduktion der Währung oder einer Währungsänderung ist alles Mögliche zu erwarten zu können. Auch die gleitende Skala spielt bei ihnen eine große Rolle. Was wird eine solche durchgeföhrt werden? Eine Aufhebung des Identitätsnachweises würde eine Zwecklos der Landwirtschaft im Osten von großem Nutzen sein, ebensowenig könnte durch Tarif- eremphungen der Eisenbahnen viel für die Landwirtschaft ge- than werden. Die Wege, welche die Konventionen zur Linderung der Landwirtschaft gehen wollen, sind aber theils nicht gangbar, theils schädlich. Es wäre mir interessant, einmal vom Finanzminister Miquel zu hören, wie er sich zu den

Forderungen der Konventionen stellt, und welche Wirkung die- selben ausüben würden.

Abg. v. Schallscha (Centr.): Die Bedeutung der Landwirt- schaft liegt darin, daß sie der Produktion gewis ist, der die meisten Werthe erzeugt. Darum kann man wohl sagen: hat der Bauer Geld, hat's die ganze Welt. Die Landwirtschaft hat darum eine ganz andere Bedeutung als z. B. die Altbauer, die sie muß auf alle Weise geschützt werden. Darum sehe ich vollkommen auf dem Boden der Interpellation. Allerdings halte ich noch einige Bedenken gegen die gleitende Skala geföhrt, aber die sind durch das, was der Handelsminister geföhrt gegen die gleitende Skala geföhrt hat, ertheilt werden. (Seitertzeit.) Das Vorgehen eines Staates richtet sich nicht nach seiner Handelskraft, sondern nach den Verbesserungen im Innern des Staats, productionen Anlagen u. Das Fundament unserer gegen Handelspolitik ist als ein festes und nicht veränderliches Verhältniß sollte doch endlich erkannt werden. Man sollte doch seine Verträge auf so lange Zeit schließen. Man sagt, der Staatlichkeit wegen. Ja, das ist die Stabilität des Gläubers. Die Vorgesätze des Landwirtschafts- ministers sind nicht geeignet, die stark gefährdeten ländlichen Interessen zu retten.

Abg. Mikert (nl. Bg.): Die Herren von der Rechten sind in ihren Reden ganz feilhaft geworden und Herr v. Gref hat geföhrt durch seine Rede den Rückzug vor der Regierung unter einer lauten Kanonade angetreten. Was wollen die Herren denn eigentlich? Sie haben gar keinen Weg angegeben und nur Verlegenheitsfragen gebracht. Sie hatten eben den Bund der Landwirtschaft eine große Aktion versprochen und müssen nun etwas thun. Ich frage: Wenn der Zolltarif gegen Ausland aufrecht erhalten bleibt, hat dadurch die Landwirtschaft einen Nutzen? Sie werden sich wohl hüten, das zu sagen, denn dann sehten Sie sich mit früheren Äußerungen in Widerspruch. Meiner Ansicht nach würde die Landwirtschaft davon nur Schaden haben. Ich möchte an die Regierung noch eine Frage richten. Wir ist geföhrt mitgetheilt, daß von einem Regierungspräsidenten eine Zirkularverfügung erlassen worden ist an die Kreise, er möchte sie darüber hören, wie sie sich der Umwandlung ihrer auf Grundbesitz ausgerichteten Hypothekendarlehen in amortisierbare Darlehen unter möglichster Herabsetzung des Zinsfußes gegen- über verhalten. Ist das wahr?

Abg. Frhr. v. Hammerstein (Centr.): Durch den russischen Handelsvertrag wird die Landwirtschaft offenbar geschädigt. Gerade die Bindung auf längere Jahre verhindert uns, mit Zellen den Preisverhältnissen des Getreides zu folgen und die Valutaverhältnisse zu berücksichtigen. Frankreich handelt da ganz anders. Es ist im Begriffe einen Gegenvertrag auszu- arbeiten, der das Land gegen die minderwerthige Valuta anderer Länder, mit denen es in Handelsverbindungen steht, schützen soll. Warum können wir das nicht auch? Die Interpellation hat nicht den Zweck, der Regierung Schwierigkeiten zu machen, sondern sie hat eine sachliche Bedeutung. Es läßt sich nicht leugnen, daß zwischen der kon- servativen Partei im Reichstag und dem Reichsfinanz- minister in volkswirtschaftlichen und sozialpolitischen Fragen besteht, die eine sachliche Verständigung leider nicht mehr mög- lich erscheinen läßt. Das ist die „unüberbrückbare Kluft“. Ich habe die Überzeugung, daß die preussische Regierung niemals mehr Gegenüberstand hat, rechtliche in allen finanziellen Vertragsverhandlungen ihre Ansicht äußern zu können. Das schließt ich aus der Stellung, welche die preussische Regierung der Landwirtschaft gegenüber früher eingenommen hat, und die sie hätte vertreten müssen, wenn sie rechtzeitig gefragt worden wäre. Es scheinen ihr immer nur saits accompli vorgelegt worden zu sein. Wenn die Industrie vor dem Handelsvertrag mit Österreich geföhrt hätte, sie wolle keinen einseitig zu Ungunsten der Landwirtschaft abge- schlossenen Vertrag, so wäre derselbe nicht zu Stande gekommen. Die Industrie hat also das Kartell mit der Landwirtschaft ab- geschlossen. Abg. Graf Ballestrem sagt, der Landwirth sollte mehr parzelliren und dann verpacken. Wir haben es immer als ein nobile officium angesehen, daß der Landwirth sein Gut selbst bewirtschaftet. (Beifall rechts.) Man sollte vor dem Ab- schluss des russischen Handelsvertrages mit Österreich und Italien ein Abkommen treffen, wonach die Valutaverhältnisse auch in den Zellen zum Ausdruck kommen. Die gleitende Skala ist von russischen Finanzminister Wladimirskij selbst früher in Anregung gebracht, und unüberführbar erscheint das mir nicht.

Minister Frhr. v. Berlepsch: Ich muß es nochmals ablehnen, in dem gegenwärtigen Augenblick über Gegen- verträge zu diskutieren, die mit dem russischen Handels- verträge in Verbindung stehen. Darum habe ich auch nicht eingehender auf die Interpellation antworten können und ich habe dazu um so weniger Veranlassung gehabt, als die Herren offenbar wußten, was die Regierung auf die Inter- pellation antworten mußte. Herr v. Hammerstein hat gemeint, die preussische Regierung habe sich nicht in der Lage befunden, in dem richtigen Augenblicke in die Lage verkehrt zu sein, über die Handelspolitik des Reichs und der Handelsverträge geföhrt zu werden und sie sei durch ein saits accompli überzogen worden. Diese Voraussetzung ist durchaus unrichtig und muß unrichtig sein; die preussische Regierung ist in der That mit dem Reich eingehenden Handelspolitik einverstanden gewesen und war in jedem Augenblicke und in jedem Stadium der Verhandlungen in der Lage, ihren Widerspruch kund zu geben und mit der ihr zur Verfügung stehenden Kraft zur Geltung zu bringen. Das war früher vor und bei den Handelsverträgen mit Österreich und Italien der Fall und ist auch noch der Fall. (Zust. rechts: Man haben wir Es überzogen!) Darum haben Sie den Schluss zu ziehen, daß die preussische Regierung sich nicht im Gegen- satz zum Reich bezüglich der Folgen der Handelspolitik befinden hat und sich nicht in einem solchen befindet. (Bewegung und Lärm rechts.) Ich wundere mich, daß Sie sich darüber wundern. Die Sache ist doch so klar, sie läßt sich nach keiner Richtung hin verfeinern.

Abg. Brunel (fröh. Bg.): Ich möchte die Regierung bitten, doch auch die Frage des Abg. Mikert zu beantworten. Was Herr v. Hammerstein bemerkte, beruhte auf einer Ver- kennung der wahren Interessen beider Gruppen. Solche Redaktionen, die nur zur Verwirrung verwendbarer Inter- pellation ist nur zur Demonstration geföhrt worden und hat sonst keinen Zweck.

Abg. v. Plöb (Centr.): Ich halte es für richtig, daß die Interpellation hier zur Sprache gebracht ist, denn wir sind nie

der Ueberraschungen gewert. Jeden Tag kann jetzt ein Handelsvertrag mit Amerika oder Argentinien kommen, und das wäre für die Landwirtschaft sehr wichtig. Wir haben auch noch die Interpellation eingebracht, weil wir die Ansicht haben, daß wir immer und immer wieder unsere Ansprüche geltend machen müssen. Darauf hat der Minister keine Antwort gegeben, warum die Regierung den Weg von 1879 verlassen hat, obwohl es der Landwirt- schaft immer schlechter geht. Wir bekämpfen den Reichstangler nicht persönlich, sondern folgen ihm überall, wo er eine Autorität ist, und darum haben wir auch der Militärvorlage zugestimmt. Dagegen in anderen Fragen bekämpfen wir ihn nachdrücklich, wo er mit unseren Ansichten nicht übereinstimmt. Unsere Agitation ist niemals illusorisch gewesen, wie uns Abg. Mikert vorwirft, dagegen war die Agitation der Freisinnigen illusorisch, die in der Konfliktzeit eine direkte Aufforderung an die Monarchie richteten, den Fürsten Bismarck zu entlassen, und es ist eine herrliche That des Fürsten Bismarck gewesen, daß die Fortschrittspartei bis zum letzten Blutstropfen bekämpft hat und befehrt hat, und der heutige Tag ist das beste Siegel darauf. Da er nicht nur den Beweis des künftigen Vertrauens, sondern auch des deutschen Volkes. (Beifall rechts.)

Wenn wir den Finanzmarkt, die Regelung der Währungs- frage und eine gute Börserordnung erhielten, wären wir schon etwas zufriedener. Der wünschenswerthe Zoll soll ich durch den russischen Handelsvertrag in weite Ferne gerückt. Dann wünschsten wir auch eine Aufhebung gollfreier Transitlager und eine Abänderung des Alters- und Qualificationsgesetzes, das gerade am dem Lande sehr vertheilend ist. Die Lasten auf Grund dieses Gesetzes sind oft doppelt so groß, wie die Grundsteuer. Die Kosten dieses Gesetzes müssen auf breitere Schultern gelegt werden. Ferner müssen wir auch eine bessere Ge- währ gegen Seuchengefahr verlangen. Wer's nicht glaubt, der komme auch zu Land und sehe sich die Schweine an! (Große Heiterkeit.) Auch eine Ermäßigung der Kalipreise müßte erfolgen und die Fruchtzölle für künftigen Dünge. Man muß aber besonders beschränkt sein, die Schalle an die Heimat zu liefern. (Seitertzeit) und Kanäle und Abflüsse für die landwirtschaftlichen Produkte schaffen. Es ist ein dringendes Bedürfnis, große Mittel für Millionenarbeiten bereit zu stellen, 100 Millionen sind dazu nicht zu wenig. Dieselben würden sich, wenn auch indirekt, verzinsen. Auch die Selbstverwaltung müßte entlastet werden. Zum Schluß lege ich der Regierung nochmals den Inhalt der Interpellation an Herz.

Ministerpräsident Graf Eulenburg: Ich möchte im All- gemeinen ausprechen, daß die Regierung beschränkt ist, die Land- wirtschaft nach Kräften zu fördern. (Zust. rechts! Na! Na!) Auf die Frage des Abg. Mikert, die ja mein spezielles Resort betrifft, erwidere ich, daß eine solche Zirkularverfügung nicht erlassen ist. Dagegen ist vor Kurzem eine allgemeine Ver- fügung an die Landratsbehörden der Spactallen erlassen. Es handelt sich dabei darum, den Spactallenverwaltungen die Anweisung zu geben, so viel als möglich auf die Ausleihung von Amortisationsdarlehen bedacht zu sein, und bei Gelegenheit der näheren Erörterung dieser Frage ist die Anweisung zu Tage getreten, daß es wohl thöulich sei, bei diesen Darlehen einen etwas niedrigeren Zinsfuß zu gewähren, als bei anderen.

Abg. Wied (nl. Bg.) tritt für die Stabilität des Zolltarifs ein, bekennt sich als Anhänger der Goldwährung und hält die letzte Abänderung der Eisenbahnen für die entscheidende. — Am Uebrigen polemisiert Redner gegen die Abgeordneten v. Bloch und Frhr. v. Hammerstein, hebt die Vertheilung und große Bedeutung des russischen Handelsvertrages hervor und erklärt, daß die Industrie bereit sei, die Landwirtschaft nach Kräften zu fördern. Wenn er in Ausland Geschäfte hätte, so würde er unbedenklich heute schon abschließen, da er der Ueberzeugung sei, daß auch die Landwirtschaft sich nicht der Bedeutung dieses Vertrages für das Wohl Deutschlands und für ihr eigenes Interesse werde verschließen können. (Zust. rechts. Beifall links.)

Abg. v. Arendt (nl.) vertritt seinen abweichenden Stand- punkt dem russischen Verträge gegenüber, erläutert nochmals den Inhalt der Interpellation, mit der er vollständig einverstanden sei und verbreitet sich über die Währungsfrage. Seiner Ansicht nach habe man nicht die Getreidezölle herabgesetzt, um Handels- verträge zu machen, sondern Handelsverträge gemacht, um die Getreidezölle herabzusetzen.

Damit ist die Diskussion erschöpft und die Besprechung der Interpellation beendet, worauf sich das Haus verlag. Nächste Sitzung Dienstag 11 Uhr. (Zweite Verhandlung des Etats bezüglich des nicht an die Budgetkommission ver- wiesenen Etats. Kleinere Sachen.)

Schluß 4/4 Uhr.

Deutscher Reichstag.

36. Sitzung vom 26. Januar.

11. Mr. Am Bundesratfische: Graf Posadowski u. A. Das Haus ist außerst schwach besetzt. Die Erklärung über die Verlängerung des bestehenden Handelsprovisoriums zwischen dem Reiche und Spanien bis 31. März d. J. wird ohne Debatte in erster und zweiter Beratung angenommen.

Es folgt die erste Berathung des Gegenwurfs betreffend Abänderung des Gesetzes über die Gründung und Ver- waltung des Reichs-Schuldenfonds. Staatssekretär Graf Posadowski: Wenn die Reichs- verwaltung mit dem Betriehsfonds nicht auskommen ist, so hängt das zusammen mit dem Modus der Erhebung der Militärabgaben. Der Entwurf lag bereits der Reichsversammlung 1892/93 vor; seitdem hat sich die Bedeutung für die Erhebung der Betriehsfonds noch wesentlich vergrößert. Als der Schuldenfonds gegründet wurde, war man sich bereits darüber klar, daß die Summe, mit der er dotirt wurde, zu hoch gewesen ist und nahm in Aussicht, einen Ueberschuß der Reichsfinanzen wiederzugewinnen. Dieser Ueberschuß veranlaßte § 15 des Schuldenfondengesetzes seine Entschaffung und das veränderte Gesetz wurde bei der dort gegebenen Beschäftigung gebracht und will die zu Anwalden nicht in Anspruch genommenen Fonds für allgemeine Reichszwecke nutzbar machen. Es sind ja bezüglich der Schuldenverteilung noch weitere Wünsche hier im Hause geäußert worden, zu Hellen sind diese Wünsche berechtigt. Die Reichsfinanzverwaltung steht bereits diesbezüglich in Verhandlungen; die erforderlichen Mittel würden dem Militärpensionsfonds zur Last fallen. Es wird gegen das Gesetz eine Reihe von Einwendungen erhoben

